

chen vor dem Bonner Parteitag gab er sich mal drohend, mal resignativ. Zwar setzte er das eine oder andere Ausrufezeichen hinter Fehlleistungen Kohls und der Koalition: Um an der Macht zu bleiben, sei Kohl bereit, das „Land an die Wand zu fahren“. Daß er und wie er, SPD-Chef und Kanzlerkandidat, das Steuer herumreißen will, brachte er aber bislang so recht nicht über.

Klare Weisungen auf seinem Weg zur Macht fehlen. Ängstlich weigert er sich, eine Spitzenmannschaft zu nominieren, die der Partei helfen könnte, Machtanspruch zu dokumentieren. Zugleich beschwert er sich bitter über mangelnde Unterstützung führender Genossen. Als Scharping kürzlich im Präsidium verlangte, Engholm solle endlich eine Schar kompetenter Sozis als Team berufen („In dieser Partei funktioniert die Arbeitsteilung nicht“), winkte der Vorsitzende ab: „Zu früh“.

Verschwommen blieben bislang auch Engholms Aussagen, wann und mit welchem Partner er sich einen Machtwechsel in Bonn vorstellt. Gelegentliche Gedankenspiele über die notwendige Zusammenarbeit bei Themen „nationaler Verantwortung“ über die Parteigrenzen hinweg und Bekenntnisse, er könne sich eine Zusammenarbeit mit dem CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle vorstellen, weisen ihn als Sympathisant einer Großen Koalition aus.

Durch theoretische Erörterungen über Gemeinsamkeiten mit Grünen und Freidemokraten öffnete sich der Vorsitzende für eine Ampelkoalition. Als Schröder kürzlich verlangte, die SPD dürfe mit der Kohl-Regierung nur um den Preis einer sofortigen Großen Koalition zusammenarbeiten, widersprach Engholm heftig. Er rechne damit, daß die Koalition bis 1994 im Amt bleibe.

In der vorigen Woche verlangte er sofortige Neuwahlen, falls eine Asylregelung am Veto der CSU scheitere.

Für den Parteitag ist der nächste Streit zwischen Partei und Vorsitzendem programmiert. Strittig ist, ob sich die Fraktion einen mit der Koalition ausgehandelten Asylkompromiß vom Parteirat genehmigen lassen muß. Für die rote Heidi ist die Lage klar: Die Fraktion muß. Engholm aber ermächtigte Klose telefonisch, er solle das letzte Wort für die Fraktion reklamieren. Es gebe für ihn und die Partei kein „imperatives Mandat“.

Auf der letzten Präsidiumssitzung fragte der Rheinland-Pfälzer Scharping spitz, aber ehrlich: „Welche Vorbereitungen sind getroffen für die Zeit nach dem Parteitag? Die Arbeit beginnt nach dem 17. November. Ich möchte nicht in die Lage geraten, Wahlen zu gewinnen, und wir wissen nicht, was wir mit dem Sieg anfangen.“

Rudolf Scharping hofft, daß ihn Björn Engholm auf dem Parteitag schlauer macht.

Posten nach Proporz

Bonn will die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre begrenzen

Mit seinem Gehalt kann Klaus Kinkel eigentlich zufrieden sein. Rund 22 000 Mark brutto werden dem FDP-Mann jeden Monat für seinen Streßjob als Bundesaußenminister aus der Staatskasse gezahlt.

Auf der Liste der Spitzenverdiener im Auswärtigen Amt aber nimmt der Schwabe, der kein Bundestagsmandat hat, nur Rang drei ein. Ursula Seiler-Albring und Helmut Schäfer, beide

Freidemokraten und Kinkels Parlamentarische Staatssekretäre mit dem Ehrentitel „Staatsminister“, haben es besser: Bruttogehalt samt Zulagen plus Abgeordnetenbezüge bringen den Politikern aus der zweiten Reihe jeweils rund 26 000 Mark monatlich ein.

Parlamentarische Staatssekretäre haben die Traumjobs von Bonn. Sie tragen keine politische Verantwortung und haben kaum Streß.

Dafür stehen ihnen reichlich Geld und alle Insignien der Macht zu: Ein Dienst-Daimler mit Klimaanlage und Autotelefon wartet rund um die Uhr und überall auf die befugten Nutzer. Repräsentative Reisen in alle Welt sind Standard, im Ministerium empfängt die Amtsinhaber ein geräumiges Dienstzimmer und ein persönlicher Mitarbeiterstab von meistens vier Staatsdienern.

Verständlich, daß immer mehr Politiker den Job ersehnen. 33 Parlamentarische Staatssekretäre (Amtskürzel: PSt) bilden zu-



CSU-Staatssekretär Riedl: Qualifikation kein Thema

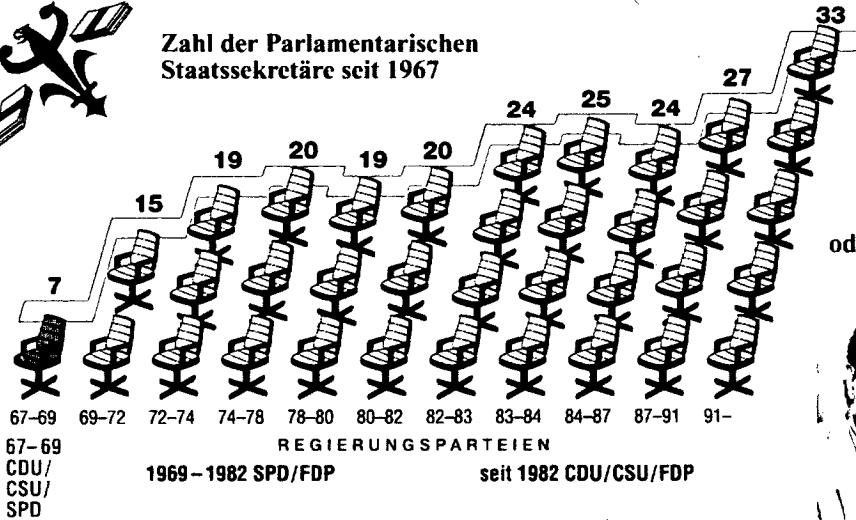


CDU-Versorgungsfälle Bergmann-Pohl, Verhülsdonk: Traumjobs mit Autotelefon





Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre seit 1967



Die Minister-Gehilfen

wurden 1967 von der Großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) erfunden. Sie sind Abgeordnete, keine Beamte. Ihre Aufgabe besteht laut Gesetz in der „Unterstützung“ ihrer Minister. Anders als die beamteten Staatssekretäre haben sie im Ministerium aber keine Leitungsaufgaben. Die Parlamentarischen, die sich gelegentlich auch Staatsminister nennen dürfen, werden in der Regel nicht von den Ministern, sondern vom Kanzler ausgesucht: ein ideales Machtinstrument für den Kabinettschef.

DER SPIEGEL

Wer verdient mehr, Minister oder Staatssekretär?



Bundesminister des Auswärtigen (Klaus Kinkel)

AMTSBEZÜGE
ca. 21 500,- Mark*

AUFWANDS-ENTSCHÄDIGUNG
600,- Mark

SUMME
ca. 22 000,- Mark



Staatsministerin im Auswärtigen Amt Ursula Sailer-Albring

AMTSBEZÜGE
ca. 16 500,- Mark*

AUFWANDS-ENTSCHÄDIGUNG
450,- Mark

ABGEORDNETEN-ENTSCHÄDIGUNG
5 064,- Mark

KOSTENPAUSCHALE
4 324,- Mark

SUMME
ca. 26 000,- Mark

*abhängig vom Ortszuschlag



sammen mit 29 beamteten Kollegen in den Ministerien und der inzwischen auf 18 Köpfe angewachsenen Ministerschar die Elite von Bonn.

Dabei hatte es ganz bescheiden angefangen. Als das neue Amt 1967 von der Großen Koalition eingeführt wurde, bekamen die ersten Parlamentarischen nur eine „Entschädigung“. Schon 1974 gab es dann normale Amtsbezüge und eine Versorgungsregelung – wobei, wie der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch bemerkte, „der letztgenannte Punkt zweifellos der wichtigste ist“.

An diese Maxime haben sich seither alle Amtsinhaber gehalten. Die eigentliche Idee, die „Juniorminister“ als Nachfolger ihrer Chefs aufzubauen, ist vergessen. Aus dem Talentschuppen wurde vor allem ein Versorgungs- und Entsorgungspark für grau gewordene Parteigänger.

Keiner beherrscht den Pfründenschatzer so gut wie Helmut Kohl. Der Kanzler bedient sie alle: streng nach Proporz die eigene CDU, die Freunde von der CSU und den Koalitionspartner FDP, die Nordlichter ebenso wie die Bayern, die Alt-Bundesdeutschen ebenso wie die Neuen aus dem Osten.

Der liberale Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann muß so mit dem CSU-

Mann Erich Riedl leben – und mit dessen gelegentlichen Eigensinnigkeiten. Riedl, selbsternannter Raumfahrtexperte, machte meistens Ärger, zuletzt wegen seines Engagements als Schirmherr für die geplante Raketen-Jubelfeier in Peenemünde.

Qualifikation und politisches Talent sind ohnehin kein Thema. So darf im Forschungsministerium der blasse Lehrer Bernd Neumann sitzen; die Bremer CDU hatte noch keinen Posten bekommen.

Die alt-rechte CDU-Frau Roswitha Verhülsdonk kann im Familienministerium residieren, Sabine Bergmann-Pohl, letzte Präsidentin der DDR-Volkskammer, hat der Kanzler als Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium untergebracht – etwas anderes war gerade nicht frei.

Der Proporz treibt Blüten. Im Bauministerium, das vor Jahren noch als überflüssig galt, teilen sich Chefin Irmgard Schwaetzer, zwei beamtete Staatssekretäre und zwei Parlamentarische die Führung von gerade mal 618 Staatsdienern. Bildungsminister Rainer Ortleb, der mangels Kompetenz ohnehin kaum etwas zu sagen hat, wird von zwei Parlamentarischen unterstützt: Die CDU brauchte noch einen Posten, den anderen hatte die FDP ihrem Ex-Frakti-

onsgeschäftsführer Torsten Wolfgramm zugeordnet.

Dabei weiß in Bonn jeder: Parlamentarische Staatssekretäre erledigen keine Arbeit, sie machen nur welche. Sie dürfen die Chefs bei der Leitung des Hauses nicht vertreten. Dafür kommen sie mittwochs bei der Fragestunde im Parlament oder bei unliebsamen Terminen, die der Minister nicht wahrnehmen will, zum Einsatz.

„Locker eine Million Mark pro Jahr“, so hat Rudi Walther, Chef des Haushaltsausschusses, nachgerechnet, kostet jeder Minister-Gehilfe den Steuerzahler. Sozialdemokrat Walther möchte die Riege der Staatssekretäre – beamtete wie Parlamentarische – von 62 auf 28 kappen.

Inzwischen dämmert es auch Christdemokraten, daß der Wildwuchs beschnitten werden muß. Bei der fälligen Kabinettsumbildung im Frühjahr sollen auch einige Staatssekretäre dem Sparzwang zum Opfer fallen.

Der Termin ist gut gewählt. Das Revirement kommt frühestens Ende Januar. Dann haben 14 der 33 Parlamentarischen exakt zwei Amtsjahre hinter sich. Allein für dieses kurze Gastspiel steht ihnen ein Pensionsanspruch von derzeit rund 3000 Mark für jeden Monat nach dem 60. Lebensjahr zu.